

## **Umfeldanalyse VENRO-Strategie 2017 ff.**

### **1. Politische Herausforderungen**

Die Weltlage ist Mitte der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts von sehr widersprüchlichen Trends und Entwicklungen geprägt. Fortschritten in der Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse steht die zunehmende Ungleichverteilung des Zugewinns an gesellschaftlichem Wohlstand gegenüber, verstärkte Bemühungen um eine konsistente Nachhaltigkeitspolitik gehen mit einem steigenden Druck auf die planetarischen Belastungsgrenzen einher und trotz der wachsenden Einsicht in die wechselseitige Abhängigkeit der Staaten erfahren Tendenzen zu einer engstirnigen Politik der Besitzstandswahrung und des Rückzugs auf nationale Eigeninteressen neuen Aufschwung. Die Forcierung nicht nachhaltiger Entwicklungspfade und die Beschleunigung von Fragmentierungs- und Renationalisierungsprozessen kann die Welt in eine humanitäre und ökologische Katastrophe katapultieren. Gleichzeitig nimmt die Gefahr zu, dass sich gewaltsame Konflikte in einer interdependenten Welt immer schneller zu unkontrollierbaren Flächenbränden ausweiten. Eine solche fragiler werdende Weltkonstellation erfordert mehr denn je die Stärkung und Qualifizierung der internationalen Zusammenarbeit für den Schutz der globalen Gemeinschaftsgüter und für die Überwindung von vermeidbarer menschlicher Not, von Armut, von Ausgrenzung und von Menschenrechtsverletzungen. Die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen neben technologischen und ökonomischen Lösungen auch kulturelle und soziale Innovationen, die bei den grundlegenden Ursachen von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung ansetzen. Umso wichtiger wird es werden, Transformation als einen gesamtgesellschaftlichen Lern- und Verständigungsprozess zu gestalten. Und eine solche Transformation erfordert vor allem ein starkes und wirkungsvolles zivilgesellschaftliches Handeln, das für die Anliegen der grenzüberschreitenden Solidarität und des weltweiten Gemeinwohls eintritt.

#### **1.1 Globale Trends**

##### **1.1.1 Die soziale Kluft vertieft sich**

Die Bilanz der 2015 ausgelaufenen Millenniumsentwicklungsziele zeigt, dass die entwicklungspolitischen Anstrengungen der Staaten nicht vergeblich waren. Die Anteile der extrem Armen und der Hungernden an der Bevölkerung der Entwicklungsländer sind deutlich gesunken, der Zugang zu sozialen Basisdienstleistungen hat sich vielfach verbessert, Geschlechterparität konnte in manchen Bereichen, etwa bei der Primarbildung, annähernd erreicht werden. Diesen positiven Trends steht freilich entgegen, dass die generelle Wohlstandssteigerung in großen Teilen der Welt an den Ärmsten und an der Bevölkerung in den ländlichen Räumen weitgehend vorbeigegangen ist und dass sich damit die soziale Kluft vertieft hat.

An Brisanz gewinnt vor allem die Lage der Ärmsten der Armen, jener „bottom billion“, die von vielen nationalen wie internationalen Entwicklungsprogrammen kaum mehr erreicht werden. Die Verschärfung der sozialen Disparität geht nicht nur mit der wachsenden relativen Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands, sondern auch mit der zunehmenden

Exklusion von marginalisierten Bevölkerungsgruppen einher. Diskriminierung und Ausgrenzung stellen maßgebliche Faktoren für Armut dar. Soziale Ungleichheit zwischen den Ländern und innerhalb der einzelnen Länder wird die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre bestimmen. Die strukturelle Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen, Menschen mit Behinderungen, alten Menschen und Kindern ist nicht nur ein massiver Verstoß gegen die Menschenrechte, sondern untergräbt auch die Kohärenz und die Entwicklungspotenziale von Gesellschaften. Die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zählt ebenso wie die Inklusion aller Minderheiten und der Schutz und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zum Kernbestand einer gerechten Gesellschaft.

Arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind überproportional von humanitären Krisen, Auswirkungen des Klimawandels und Umweltverschmutzung betroffen und in chronischer Weise multidimensionalen Risiken ausgesetzt. Zugleich haben sie oftmals keinen Zugang zu Hilfe und sind von den relevanten Entscheidungsprozessen meist ausgeschlossen.

VENRO sieht sich daher herausgefordert,

- die Ursachen sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung deutlicher zu benennen;
- sich stärker im Bereich der sozialen Ungleichheit zu engagieren und Mechanismen zu gerechterer Verteilung auszuarbeiten;
- sich für die Beteiligung benachteiligter Gruppen bei der Umsetzung ihrer Rechte einzusetzen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen;
- sich für die Stärkung von Systemen sozialer Sicherheit einzusetzen.

### **1.1.2 Geschlechtergerechtigkeit als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung**

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist noch in keinem Land der Welt erreicht. Deutlicher Ausdruck dafür ist die weltweit auftretende sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt. Patriarchalische Strukturen verhindern gleichberechtigte politische Teilhabe und zementieren diskriminierende Traditionen und schädliche soziale Normen. So werden Mädchen und Frauen daran gehindert, ihre Rechte wahrzunehmen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

International wird zunehmend anerkannt, dass Geschlechtergerechtigkeit einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung der Menschenrechte leistet und eine grundlegende Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, nachhaltige ökonomische und politische Entwicklung sowie Frieden ist. Denn die strukturellen Ursachen von Armut liegen vielfach in der gezielten Diskriminierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Mädchen und Frauen. In vielen Staaten fehlen ausreichende gesetzliche Rahmenbedingungen zum Schutz und zur Förderung von Mädchen und Frauen. So beschränkt zum Beispiel in 155 von 173 untersuchten Ländern der Weltbank zufolge mindestens ein Gesetz die ökonomische Gleichberechtigung von Frauen und Männern.-

Obwohl in der Agenda 2030 viele Forderungen von Frauenorganisationen aufgegriffen worden sind und sie einen deutlichen Fortschritt gegenüber den Millenniumsentwicklungszielen darstellt, geht sie nicht über die Forderungen der Kairoer und der Pekingener Aktionsplattformen hinaus. In einigen wichtigen Punkten, wie zum Beispiel dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, fällt sie sogar zurück. Obwohl die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) einen ambitionierten Fahrplan zur Förderung der Gleichberechtigung beschreiben, wird es sehr viel Engagement der Zivilgesellschaft benötigen, um deren Umsetzung zu begleiten. Seitens der Regierungen wiederum bedarf es eines konsequenten politischen Willens, um die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen grundlegend zu transformieren, existierende Privilegien systematisch in Frage zu stellen und diskriminierende Machtstrukturen zu reformieren.

VENRO sieht sich daher herausgefordert,

- im Rahmen der Operationalisierung und Umsetzung der Agenda 2030 konsequent die Schaffung einer Zivilgesellschaftsförderung einzufordern. Dabei sollten gerade auch Menschen- und Frauenrechtsorganisationen gefördert werden, die Advocacy und Lobbyarbeit leisten und sich für die gezielte Stärkung von Mädchen und Frauen einsetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen des SDG-Monitorings die desaggregierten Daten zu Geschlecht, Behinderung und Alter zu allen Indikatoren und Zielen auf globaler, nationaler und regionaler Ebene systematisch erhoben und ausgewertet werden;
- dafür einzutreten, dass alle multilateralen sowie bilateralen Finanzierungsinstrumente und -programme geschlechtergerecht gestaltet werden;
- gegenüber der Bundesregierung einzufordern, dass sie sich in multinationalen Institutionen auf UN-Ebene und in den bilateralen Politikdialogen für eine umfassende nationale Gesetzgebung zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit einsetzt.

### 1.1.3 Stärkung von Global Governance zur Bewältigung der globalen Krise

Die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen haben wesentliche Grundlagen für die Stärkung des Multilateralismus gelegt, insofern die Staats- und Regierungschefs ihren politischen Willen bekundet haben, die drängendsten globalen Krisen gemeinsam anzugehen. Jedoch sind die Global-Governance-Strukturen, die bislang geschaffen wurden, um diese Willensbekundungen umzusetzen, noch viel zu schwach. Die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen wird seit Jahren verschleppt, viele ihrer Programme und Sonderorganisationen sind chronisch unterfinanziert, der Einfluss der Privatwirtschaft nimmt auf intransparente Weise zu und in Bereichen wie Friedenssicherung, Handel, aber auch der globalen Gesundheit und Seuchenbekämpfung werden die UN immer wieder durch neue Formen des selektiven Multilateralismus unterlaufen. Die Notwendigkeit kooperativer Ansätze wächst. Die Instrumente und Strukturen sowie deren Legitimation und Finanzierung sind jedoch weit davon entfernt, die Ansprüche einlösen zu können.

Die Schwäche der UN nutzen die Staaten, wichtige Themen globaler Entwicklung in die „politischen Clubs“ wie zum Beispiel **G7 und G20** auszulagern. Als informellen und zudem kleinen Ländergruppen fehlt diesen aber die Legitimität, über die Anliegen der gesamten Staatengemeinschaft zu verhandeln. Nach wie vor haben die meisten Staaten der Welt keine Stimme und die ärmsten Entwicklungsländer sind überhaupt nicht vertreten. Deshalb müssen die Bemühungen wieder intensiviert werden, den Multilateralismus zu stärken und eine demokratisch legitimierte Global-Governance-Architektur unter dem Dach der UN zu schaffen.

Die **Europäische Union** hat bei den Verhandlungen zur Agenda 2030 eine konstruktive Rolle gespielt und mit Blick auf die globale nachhaltige Entwicklung durchaus positive Akzente gesetzt. Insgesamt wirken ihre in weiten Teilen nicht kohärenten Politiken, insbesondere die gravierenden Widersprüche zwischen Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik, dem übergeordneten Ziel nachhaltiger Entwicklung entgegen.

**Deutschland** sieht sich derzeit als Vorreiter globaler Nachhaltigkeit. Gleichzeitig behindern jedoch viele seiner Politiken die nachhaltige Entwicklung weltweit. So exportiert Deutschland weiterhin Waffen in Krisenregionen, wodurch lokale Eskalationsdynamiken angeheizt und Menschenrechte massiv verletzt werden.

Auf der Ebene vieler **Nationalstaaten** sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden erweist sich ein Mangel an „Good Governance“ als ein zentrales Hindernis einer nachhaltigen Entwicklung. Unfaire Handelspraktiken, Korruption, undemokratische Strukturen, eine fehlende Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns und gravierende Menschenrechtsverletzungen sind Ausdruck von „Bad Governance“, die es zu überwinden gilt, wenn denn die globalen Ziele weltweit erreicht werden sollen.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- sich verstärkt für eine kosmopolitische, „weltinnenpolitische“ Verantwortung deutscher, europäischer und internationaler Politik einzusetzen;
- gegenüber der Bundesregierung für die Stärkung des Multilateralismus auf allen Ebenen, insbesondere in den Bereichen Handel, Finanzmarktordnung, Umweltpolitik und Friedenssicherung, einzutreten, gegenüber der EU Kohärenz in ihren Politiken insbesondere mit Blick auf globale nachhaltige Entwicklung einzufordern und sie auf ihre Menschenrechtsverpflichtungen hinzuweisen;
- die G7 und G20 in die Pflicht zu nehmen, die globalen Herausforderungen systematisch anzugehen und nachhaltige Entwicklung weltweit zu verwirklichen;
- gegenüber der Bundesregierung eine kohärente Politik der nachhaltigen Entwicklung anzumahnen, die die Entwicklung bei uns und weltweit gleichzeitig in den Blick nimmt und die Auswirkungen der eigenen Politik insbesondere auf die Ärmsten im globalen Süden berücksichtigt.

#### **1.1.4 Die planetarischen Belastungsgrenzen sind nahezu erreicht oder bereits überschritten**

Das Konzept einer wachstumsorientierten und ressourcenintensiven Industriegesellschaft, das in Europa seinen Ausgang nahm, hat die globale Entwicklung in eine Sackgasse geführt. Dieses Entwicklungsmodell war in gewisser Hinsicht durchaus erfolgreich – letztlich aber nur für eine Minderheit der Weltbevölkerung. Da es auf der Externalisierung von Folgekosten in Raum und Zeit basiert, muss es in dem Moment an seine Grenzen stoßen, da es sich anschickt, sich zu globalisieren. Die ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten werden überstrapaziert, in manchen Bereichen (Klimawandel, Artenverlust, anthropogene Stickstoff- und Phosphoreinträge in Böden und Ozeanen) sind sie bereits unumkehrbar überschritten. Gleichzeitig hat die „nachholende Entwicklung“, die viele Schwellenländer nach dem Muster der auf fossilen Ressourcen basierenden Industrialisierung vollziehen, das Versprechen, die Armut zu überwinden, nur teilweise einlösen können. Die früh industrialisierten Länder stehen vor der Herausforderung, Ressourcenverbrauch und Konsumniveau auf ein international verträgliches Maß zu reduzieren; Entwicklungs- und Schwellenländer stehen vor der Aufgabe, alternative Entwicklungspfade einzuschlagen, die die Überwindung der Armut unter Respektierung der planetarischen Grenzen ermöglichen.

Für Weltwirtschaft und Weltgesellschaft insgesamt gilt es, eine sozialökologische Transformation in die Wege zu leiten, mit dem Ziel, eine dekarbonisierte Ökonomie aufzubauen, die ein gutes Leben für alle ermöglicht, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu gefährden. Die deutsche Energiewende ist dafür ein gutes Modell, nur muss sie konsequent umgesetzt werden.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- sein Engagement für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland und im internationalen Rahmen über die Ausformulierung neuer Leitbilder und Strategien einer zukunftsfähigen Entwicklung weiter fortzusetzen und die Agenda 2030 als weiteren Impuls für einen solchen entwicklungs- und wachstumskritischen Diskurs und die Entwicklung von Strategien einer sozialökologischen Transformation in Nord und Süd zu nutzen;
- in seiner Arbeit und der seiner Mitgliedsorganisationen die konsequente Verzahnung von Strategien sozialer Entwicklung (Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung, Abbau von Diskriminierung und Ungleichheit etc.) mit Prinzipien ökologischer Nachhaltigkeit zur Geltung zu bringen;
- die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in Kooperation mit der Klima-Allianz Deutschland auf deutscher und europäischer Ebene voranzutreiben.

### 1.1.5 Migration und Flucht verändern das Gesicht der Kontinente

Die weltweiten Migrationsbewegungen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Weltweit leben heute mehr als 240 Millionen Menschen in einem Land, das nicht ihre ursprüngliche Heimat ist. Vor allem ist die Zahl der Geflüchteten deutlich gestiegen und hat nunmehr mit über 65 Millionen Menschen (Ende 2015) den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Beim größten Teil der Menschen, die auf der Flucht sind (rund 41 Millionen), handelt es sich jedoch um Binnenvertriebene. Sie fliehen innerhalb ihres eigenen Landes, ohne dabei internationale Landesgrenzen zu überschreiten. Neun von zehn Flüchtlingen leben in Entwicklungsländern.

Europa sieht sich derzeit durch die wachsende Zahl von Geflüchteten, die in den Ländern der EU Zuflucht vor Gewalt, Krieg, Verfolgung und Not suchen, in neuer Weise herausgefordert. Doch was als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wird, ist letztlich weniger eine Krise der Zahl als vielmehr Ausdruck der Ratlosigkeit und des Versagens der europäischen Gesellschaften und ihrer PolitikerInnen, sich auf eine veränderte Weltlage einzustellen. Der Impuls, den Zuzug von Geflüchteten und MigrantInnen nach Europa kontrollieren und begrenzen zu wollen, dominiert das politische Handeln und die öffentliche Stimmungslage. Für dieses Anliegen wird zunehmend auch die Entwicklungszusammenarbeit in die Pflicht genommen. Mit dem Aufbau von Asylzentren in den Transitländern Nordafrikas oder fragwürdigen Migrationspartnerschaftsabkommen soll die Entwicklungspolitik zur Migrationssteuerung beitragen.

In der gegenwärtigen Debatte gerät aus dem Blick, dass Migration in der Menschheitsgeschichte der Normalfall ist. Die Zunahme von Flucht- und Migrationsbewegungen wird gerade in einer globalisierten Welt kein vorübergehendes Phänomen sein, sondern die nächsten Jahrzehnte wesentlich bestimmen. Migration kann für die gesellschaftliche Entwicklung sowohl der Herkunfts- als auch der Zielländer förderlich sein, sofern dafür adäquate gesetzliche Rahmenbedingungen vorliegen und die Menschenrechte der MigrantInnen und der Geflüchteten geschützt werden. Dabei zeigt sich allerdings auch, dass über die in der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus benannten Fluchtgründe, die eine Schutzpflicht der Staaten gegenüber Geflüchteten konstituieren, weitere „neue“ Gründe (wie insbesondere klimabedingte Umweltveränderungen, Vertreibung aufgrund von Infrastrukturprojekten etc.) für erzwungene Migration hinzutreten, die die Debatte um „legitime“ und „nicht legitime“ Fluchtgründe als zunehmend fragwürdig erscheinen lassen. Dergleichen Unterscheidungen werden in Zukunft wohl eher in den Hintergrund treten.

Die Flüchtlingsfrage hat vielen Menschen vor Augen geführt, dass sich Europa nicht länger ignorant gegenüber den humanitären Krisen vor unseren Grenzen und in anderen Teilen der Welt verhalten kann. Gleichzeitig macht sie deutlich, auf wessen Kosten vielfach unser Lebensstil und Wirtschaftsmodell ermöglicht wird und wer die Verlierer dieser ungerecht gestalteten Globalisierung sind. Aktuelle Krisen und strukturelle Armut werden, egal wo sie sich ereignen, über kurz oder lang auch zu unserem Problem.

Dessen ungeachtet gewinnen auch in unserer Gesellschaft Positionen wachsenden Zuspruch, die auf Abschottung und Besitzstandswahrung setzen. Die Flüchtlingsfrage wird zur Belastungsprobe für den Zusammenhalt und die Weltoffenheit unserer Gesellschaft sowie der Zukunft der Europäischen Union – eine Belastungsprobe, deren Ausgang letztlich auch für die zukünftigen Spielräume und den Rückhalt für eine engagierte Entwicklungs- und Außenpolitik entscheidend sein dürfte. Diese Auseinandersetzung ist auch eine Herausforderung für entwicklungspolitische Akteure, der sie sich beispielsweise in ihrer Bildungs- und Lobbyarbeit in Deutschland annehmen müssen.

VENRO sieht sich herausgefordert, - sich verstärkt dem Zusammenhang von Migration und gerechter Gestaltung von Globali-
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

sierung zuzuwenden, der Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zu Zwecken der Migrationssteuerung offensiv entgegenzutreten, sich für entwicklungsförderliche Migrationspolitik, legale Zugangswege nach Europa und für den Schutz von Flüchtlingen zu engagieren;

- für das Anliegen öffentlich zu werben, dass wir für eine Welt arbeiten, in der kein Mensch gezwungen sein soll, seine Heimat zu verlassen, aber alle Menschen die Freiheit haben sollen, sich dafür freiwillig entscheiden zu können;
- die innergesellschaftlichen Umbrüche und sich zuspitzenden Polarisierungen, die die Flüchtlingsfrage hierzulande hervorruft, zum Anlass zu nehmen, einen breiten öffentlichen Diskurs zum Thema „In welcher (Welt-)Gesellschaft wollen wir leben?“ anzustoßen;
- zu verdeutlichen, welchen Beitrag staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsakteure leisten können, um Fluchtursachen zu vermindern, die Menschenrechte von Geflüchteten und MigrantInnen zu schützen und die Rahmenbedingungen von Migrationsbewegungen entwicklungsförderlich zu gestalten;
- sich verstärkt für die Rechte geflüchteter Menschen in Deutschland einzusetzen.

### **1.1.6 Die Weltwirtschaft befindet sich im Umbruch**

Der wirtschaftliche Aufstieg der Schwellenländer hat zu einer erheblichen Verschiebung der Wachstumsdynamik und der Gewichte in der Weltwirtschaft geführt. Erstmals seit Beginn der industriellen Revolution hat die Wirtschaftsleistung der sieben führenden Schwellenländer in diesem Jahrzehnt die der frühindustrialisierten Staaten überholt. Die Wachstumserfolge der Schwellenländer gründen allerdings auf einem Modell nachholender Entwicklung, das weder ökologisch noch sozial zukunftsfähig ist. Auch dessen ökonomische Nachhaltigkeit steht angesichts der jüngsten Einbrüche der Wachstumsraten unter anderem in China und Brasilien in Frage. Die aktuellen wirtschaftlichen Probleme führender Schwellenländer, einhergehend mit einer dramatisch ansteigenden Verschuldung vieler Schwellen- und Entwicklungsländer, erhöhen das Risiko einer neuen Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise. Deren Folgen für die ärmeren Bevölkerungsgruppen dürften sich durch die absehbaren Umbrüche der weltweiten Ökonomie angesichts der Digitalisierung und des damit verbundenen Rückgangs der Beschäftigung verschärfen. Die ökonomischen Krisenszenarien werden durch den Befund einer massiven Spekulationsblase bei Öl- und Gaskonzernen, deren Platzen eine globale Finanzkrise auslösen kann, weiter bestärkt.

Auf der anderen Seite haben die wirtschaftlichen Tendenzen der vergangenen Jahre nicht nur zu einer Verschiebung der globalen Gewichte geführt, sondern auch die Konzentration von Geld, und damit auch Macht, in den Händen von immer weniger Menschen vorangetrieben. Weniger als 100 Privatpersonen besitzen heute genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Dass wir auch in Deutschland einer steigenden Kluft zwischen Arm und Reich begegnen, macht deutlich, dass Armut nicht nur ein Phänomen des globalen Südens ist, sondern quer durch die Gesellschaften geht und damit auch auf ähnliche grenzüberschreitende Ursachen zurückzuführen ist. Die Verschärfung der sozialen Kluft hat unter anderem auch mit unzureichenden Regelungen in der (internationalen) Steuer- und Finanzpolitik zu tun.

Eine Begleiterscheinung dieser Tendenzen ist der wachsende Einfluss der Privatwirtschaft und privater Stiftungen auf die Agenda und auf die Gestaltung der nationalen wie der internationalen Politik. Verstärkt werden private Mittel auch für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, insbesondere auch der Entwicklungszusammenarbeit und der Umsetzung der SDGs aufgebracht. Da sich viele Staaten durch Deregulierung der Märkte Standortvorteile erhoffen, ist die Bereitschaft, das wirtschaftliche Handeln auf soziale und ökologische Standards zu verpflichten, nach wie vor sehr schwach ausgeprägt. Entsprechend im Sande verlaufen die Bemühungen, soziale und ökologische Standards in der WTO oder in bilateralen Handelsverträgen zu verankern. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte könnten

ebenso wie die SDGs für einen Trendwechsel auf diesem Gebiet einen wichtigen Referenzrahmen bieten.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- im Anschluss an die UN-Leitprinzipien und den (vermutlich unzureichenden) Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass für die Auslandsaktivitäten global agierender Unternehmen, die in Deutschland oder in der EU ansässig sind, verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten eingeführt werden;
- die deutsche G20-Präsidentschaft 2017 und den anschließenden Follow-up-Prozess zu nutzen, um die Perspektiven für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung und die dafür erforderlichen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den G20-Staaten zu diskutieren und gemeinsame politische Initiativen für eine neue Weltwirtschaftsordnung auf den Weg zu bringen;
- sozialökologische Standards in bilateralen Handelsverträgen und in der WTO und deren Kohärenz mit den SDGs anzumahnen;
- sich dafür einzusetzen, den mit Fiskalpolitik befassten Bereich der UN durch einen neuen zwischenstaatlichen Ausschuss aufzuwerten;
- den Dialog mit der Privatwirtschaft über ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu führen.

### **1.1.7 Gewalt und Fragilität**

PolitikerInnen und Medien äußern immer wieder die Einschätzung, die Welt sei völlig aus den Fugen geraten. So unsicher wie heute sei sie nie gewesen. Hinzu kommt die Wahrnehmung, neue Konflikte könnten nicht vorhergesehen und verhindert werden. Krisenprävention sei zwar wichtig, aber selten erfolgreich.

Laut Heidelberger Konfliktbarometer blieb die Zahl der gewaltsam ausgetragenen Konflikte 2015 gegenüber dem Vorjahr weitgehend konstant, ist aber gegenüber 2010 deutlich erhöht. Im Falle innerstaatlicher Konflikte ging sie jedoch leicht zurück. Deutlich stärker wird die Rolle extremistischer und nationalistischer Ideologien, die einen als westlich dominiert empfundenen Wertekonsens in Frage stellen. Der grenzüberschreitende Terrorismus und die Beteiligung junger Menschen aus europäischen Ländern an Anschlägen auf die eigene offene Gesellschaft verschärfen das Gefühl der Unsicherheit. Diese Verunsicherung schürt Misstrauen gegenüber Geflüchteten oder Gruppen mit anderer Religionszugehörigkeit in Deutschland. Neu ist die Intensität, mit der lokale Konflikte untereinander vernetzt sind und ganze Regionen destabilisieren. Der humanitäre Bedarf steigt objektiv: 125 Millionen Menschen sind heute auf humanitäre Hilfe angewiesen, so viele weit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. 80 Prozent der humanitären Hilfe werden zurzeit in lang anhaltenden oder sich wiederholenden und zunehmend komplexen gewalttätigen Krisen geleistet.

Die Schwächung und der Zerfall von Staaten haben sehr unterschiedliche Ursachen, interne wie externe, viele wirken langfristig. Sie führen dazu, dass selbst grundlegende Dienstleistungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, Zugang zu Justiz und Schutz von Menschenrechten nicht annähernd besteht und Korruption nicht geahndet wird. In vielen fragilen und von Gewaltkonflikten geprägten Staaten werden die SDGs nicht erreicht werden können, so dass auch auf globaler Ebene ein Scheitern der SDGs droht. In fragilen Staaten ist organisierte Zivilgesellschaft häufig bedroht und fragmentiert. Sie muss soziale Dienstleistungen erbringen, ohne langfristig eine Konkurrenz zum Aufbau staatlicher Strukturen darzustellen, gleichzeitig soll sie „Korrektiv“ und „Watchdog“ bleiben.

Das Heidelberger Konfliktbarometer zeigt auch, dass nur etwa zehn Prozent der „schwer-

wiegenden politischen Krisen“ in gewaltsamen Austragungsformen eskalieren. Das bedeutet, dass in den meisten Fällen Gesellschaften über Mechanismen und Regelwerke verfügen, solche Konflikte gewaltfrei auszutragen. Für VENRO stellt sich daher die Frage, wie Prävention wirkungsvoll gestaltet werden kann, wie langfristige Partnerbeziehungen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aufgebaut werden können, wie Partner in ihrer Rolle gestärkt werden können und gleichzeitig den operativen Herausforderungen der humanitären und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit besser begegnet werden kann.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- die Ursachen von Fragilität und Konflikten, die auch in der Verantwortung deutschen oder europäischen Regierungshandelns liegen, offen zu analysieren und zu benennen (Beispiel Rüstungsexportpolitik, Handelspolitik);
- Dialogräume mit staatlichen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Partnern zu nutzen, um auf gewaltsame Entwicklungen in Gesellschaften des globalen Südens früher hinzuweisen;
- Möglichkeiten zur Prävention von gewaltsamen Konflikten systematisch in den Blick zu nehmen und zu befördern;
- aktiv die zukünftigen Strukturen der humanitären Hilfe mitzugestalten;
- die Rolle lokaler Initiativen und Vorsorgestrukturen durch Lobbyarbeit und internen Fachaustausch zu unterstützen.

#### **1.1.8 Die Agenda 2030 eröffnet Chancen für neue Weichenstellungen**

Die Agenda 2030 ist der neue globale Referenzrahmen für die Gestaltung nationaler und internationale Politiken, der weit über die Laufzeit der neuen VENRO-Strategie hinaus Gültigkeit haben wird. Die Umsetzung der Agenda wird stark vom Engagement der Zivilgesellschaft abhängen. Trotz der Inkohärenzen, die zwischen einzelnen der darin enthaltenen 17 SDGs mit ihren 169 Unterzielen bestehen, bringt die Agenda eine neue Qualität in die Zielssysteme der internationalen Entwicklungsprogramme, deren regelmäßige Deklaration den Werdegang der internationalen Entwicklungszusammenarbeit seit den 1960er Jahren begleitet, insofern

- die sozialen, ökologischen, ökonomischen und politischen Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung erstmals in einem integrierten Zielsystem zusammengedacht werden und beispielsweise die Überwindung von Hunger und Armut mit dem langfristigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpft wird,
- die Ziele universell, das heißt für alle Staaten gelten und damit auch die früh industrialisierten Länder herausgefordert sind, einen anderen Entwicklungspfad einzuschlagen.

Durch den Anspruch, bis zum Jahr 2030 extreme Armut und Hunger vollständig zu überwinden, hat die Agenda höchst ambitionierte, absolute – und nicht nur relative – Ziele gesetzt, die ein kooperatives Handeln der Staatengemeinschaft erforderlich machen.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- die Umsetzung und das Monitoring der Agenda 2030 mit ihren SDGs in und durch Deutschland und auf der europäischen Ebene intensiv zu begleiten und dafür eine zivilgesellschaftliche Plattform federführend mit aufzubauen und zu koordinieren;
- darauf Einfluss zu nehmen, dass die SDGs kohärent umgesetzt werden, und zwar in horizontaler Hinsicht (sektorübergreifende Kohärenz) wie auch in vertikaler Hinsicht („glokale“ Kohärenz); nationale und internationale Dimension der Umsetzungsstrategie müssen Hand in Hand gehen und alle Ressorts im Blick behalten;
- die internationale Zivilgesellschaft weiter zu vernetzen, die gemeinsamen Positionen gegenüber dem Agenda-2030-Prozess zu stärken und die Zivilgesellschaft in den ärmeren Ländern bei der Begleitung der nationalen Umsetzungspläne zu unterstützen.



## 1.2 Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe müssen sich neu verorten

Die geschilderten globalen Herausforderungen verändern die Aufgaben und den Zuschnitt der staatlichen und multilateralen Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe ebenso wie die Rolle und Strategien entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Es zeichnet sich eine Neuordnung der Entwicklungsarchitektur ab, die sich in einer Diversifizierung der Akteure ausdrückt. Neuen Geberstaaten wird im Zuge des Aufstiegs der Schwellenländer ebenso eine wichtige Rolle beigemessen wie Wirtschaft, Stiftungen, Wissenschaft und auch der Zivilgesellschaft.

Auch das bisherige Selbstverständnis der Entwicklungspolitik, das über fünf Entwicklungsdekaden hinweg leitend war, wird einer grundlegenden Revision unterzogen („Beyond Aid“). In den Mittelpunkt zukünftiger staatlicher Entwicklungspolitik rückt die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten bei der gemeinsamen Lösung globaler Fragen. Die Entwicklungszusammenarbeit klassischer Prägung im Sinne eines Instruments zur Überwindung der Entwicklungsdisparitäten zwischen Nord und Süd verliert an Bedeutung, bedingt einerseits durch die Ausdifferenzierung des Südens (insbesondere den Aufstieg der Schwellenländer), zum anderen durch die Tatsache, dass neue Entwicklungsproblemlagen in den Blick genommen werden müssen. Armutsbekämpfung und die Transformation zu einer gerechteren und nachhaltigen Weltgesellschaft umfassen die gesamte Bandbreite der internationalen Zusammenarbeit.

Die veränderte Akteurslandschaft und das umfassendere Konzept von Entwicklung verändern auch das Selbstverständnis der zivilgesellschaftlichen Kooperation und die Aufgaben entwicklungspolitischer und humanitärer NRO. Um gemeinsam an der großen Transformation zu arbeiten, müssen sektorübergreifende Lösungsansätze verfolgt, national und international Verbündete gesucht und die lokale Zivilgesellschaft gestärkt werden.

Dies stellt viele NRO in Deutschland vor die große Herausforderung, Positionen und Arbeitsansätze zu überdenken. Einerseits verlangt die Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine fachspezifische Zusammenarbeit. Andererseits ist den NRO bewusst, dass kohärente Ansätze verlangen, auch andere Politikbereiche viel stärker einzubeziehen. Zudem befinden sich die NRO in einem Zwiespalt: Einerseits ist es notwendig, komplexere internationale Ansätze zu verfolgen. Andererseits wünschen viele Förderer und Spender möglichst konkrete Kooperationsangebote. Auch stellt sich die Frage nach einer Positionierung in dem Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit, politische Kooperationsansätze zu stärken, die strukturelle Ursachen von Armut in den Blick nehmen, und der Methodik vieler NRO, die auf Finanzierung und Unterstützung projektbezogener Arbeitsansätze ausgerichtet ist.

Das politische Gewicht der Humanitären Hilfe und ihr Finanzierungsbedarf sind enorm gestiegen. Allerdings stehen dem Bedeutungszuwachs dramatische Finanzierungslücken gegenüber. Der erste Humanitäre Weltgipfel (WHS) hat sich eingehend mit der Frage befasst, wie das System der Humanitären Hilfe strukturell wie finanziell gestärkt werden kann. Über die Suche nach neuen Geldgebern hinaus sollen die humanitären Finanzflüsse transparenter und flexibler sowie die Verwaltungsanforderungen schlanker gestaltet werden. Lokale „first responder“-Akteure sollen direkteren Zugang zu Finanzmitteln und Wissen sowie mehr Mitsprache erhalten. Vor allem aber sollen die von humanitären Krisen betroffenen Personengruppen mehr Mitsprache und Gestaltungsmacht erhalten. Dies alles verändert die Rolle und Arbeitsweise der internationalen humanitären NRO zunehmend.

Die Organisationen der Humanitären Hilfe sehen sich auch dadurch besonders herausgefordert, dass die Prinzipien der Humanitären Hilfe von vielen Akteuren in Gewaltkonflikten

nicht mehr respektiert werden, indem beispielsweise humanitäre Helfer angegriffen oder als Geiseln genommen werden. Angesichts der Zunahme humanitärer Notlagen gewinnt zudem die Stärkung von Resilienzstrategien für Gemeinschaften gegenüber Natur- und Gewaltkatastrophen sowie den Folgen des fortschreitenden Klimawandels an Bedeutung. Hier gilt es die humanitäre Hilfe enger und frühzeitiger mit der Entwicklungszusammenarbeit zu verzahnen, beispielsweise über gemeinsame Bedarfserhebungen, gemeinsame Datenbanken und eine präzise Arbeitsteilung in Hinblick auf gemeinsame Resultate. Dies ist besonders wichtig bei langanhaltenden Konflikten, wo Geflüchteten frühzeitig Perspektiven eröffnet werden müssen, um zu verhindern, dass ganze Generationen in Flüchtlingslagern aufwachsen.

Hinsichtlich des internationalen Mittelzuwachses insgesamt gibt es ein gemischtes Bild. Zwar ist die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in den letzten 15 Jahren um 66 Prozent gestiegen, der Mittelaufwuchs hält jedoch mit dem wachsenden Finanzierungsbedarf nicht Schritt. Im Zuge der Agenda 2030 wurde die Ziellinie des seit 1970 uneingelösten Versprechens, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für ODA bereitzustellen, auf das Jahr 2030 verschoben. Mit der zunehmenden Praxis der Mitgliedstaaten im OECD-Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC), Ausgaben wie die Unterhaltskosten für Geflüchtete im Inland oder sicherheitspolitische Maßnahmen auf die ODA-Quote anzurechnen, wird diese in unzulässiger Weise aufgebläht. Auch deshalb bleibt die Finanzierung weit hinter den Erfordernissen zurück. Der Finanzierungsbedarf für die weltweite Umsetzung der SDGs wird auf fünf bis sechs Billionen US-Dollar im Jahr geschätzt.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- Beiträge zur Neuverortung von Entwicklungspolitik und Humanitärer Hilfe zu leisten;
- neue Kooperationen mit Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen und anderen Sektoren der Zivilgesellschaft anzustoßen;
- Beiträge dazu zu leisten, dass lokale Kapazitäten in der Humanitären Hilfe in Verbindung mit der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden;
- in seinen Positionen konkrete Verbindungen zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungspolitik herauszuarbeiten;
- für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe einzutreten.

### **1.3 Die Zivilgesellschaft muss ihre Rolle klären**

Die Erarbeitung der Agenda 2030 oder auch der Abschluss des Pariser Abkommens zeigen, dass die Bedeutung und der Einfluss der Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind. Damit wachsen aber auch die Erwartungen.

Die nationale Ebene zeigt ein gemischtes Bild. In vielen Ländern leisten zivilgesellschaftliche Akteure durch die Projektarbeit, Lobbyarbeit und durch den Dialog mit ihren Regierungen wichtige konstruktiv-kritische Beiträge in gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, die sehr geschätzt werden. In zahlreichen anderen Ländern lässt sich aber auch eine dramatische Gegenbewegung zum zivilgesellschaftlichen Aufbruch der vergangenen Jahrzehnte beobachten. Die Zivilgesellschaft gerät vielfach unter Druck, die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen werden systematisch eingeschränkt. Dergleichen Einschränkungen erfolgen beispielsweise durch restriktive Bestimmungen, die die Gründung von zivilgesellschaftlichen Organisationen rechtlich erschweren, durch die Beschränkung von Geldtransfers oder auch durch die direkte Kriminalisierung und Verfolgung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Besonders in Ländern, die von Ressourcenkonflikten geprägt sind, aber auch in einem Großteil der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), sind Kontrolle und Begrenzung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen an der Tagesordnung. Unter den Vorzeichen des „Kampfes gegen den Terrorismus“, der zur Legitimation für die Einschränkung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Öffentlichkeit

missbraucht werden kann, dürften dergleichen Tendenzen in Zukunft eher noch zunehmen. Sie behindern zwangsläufig auch die internationale Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Nord und Süd.

Politische Entscheidungsträger in Deutschland erkennen die wichtige Funktion und Rolle der Zivilgesellschaft an. Deutsche NRO können im Vergleich zu vielen anderen Ländern in Europa und im globalen Süden freier und offener agieren. Es bestehen viele Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft. Die intensive Partizipation der Zivilgesellschaft in Dialogprozesse, die staatliche Stellen zunehmend anbieten und die im Zuge der vielfältigen Multistakeholderprozesse wächst, birgt jedoch auch die Gefahr der Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Akteure. Dieser Prozess geht mit der wachsenden Abhängigkeit von staatlichen Mitteln einher.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- sich verstärkt in die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft der G20-Staaten (Civil 20) einzubringen und dort insbesondere das Thema „Shrinking Space“ auf die Agenda zu setzen;
- sich auf europäische Ebene zu diesem Thema einzubringen;
- die Rolle der Zivilgesellschaft im Kontext der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu klären.

## **2. Institutionelle Herausforderungen**

### **2.1 Anforderungen an entwicklungspolitische und humanitäre NRO**

Die dargestellten politischen Herausforderungen, insbesondere jene, die sich aus der Agenda 2030 ergeben, zeigen, wie komplex das Umfeld ist, in dem sich NRO mit ihrer Arbeit bewegen. Während sich NRO in der Vergangenheit auf einige Aspekte dieser Komplexität fokussieren konnten, wird zunehmend von ihnen erwartet, sich zu den vielfältigen Themen zu positionieren und ihre Arbeit daran auszurichten. Damit steigt die Komplexität ihrer Arbeit erheblich und die Zahl der Themen, zu denen sie aussagefähig sein müssen, übersteigt die Möglichkeiten vieler Organisationen, Fachwissen und Positionen zu erarbeiten.

Globale Themen werden zunehmend global angegangen und die Zivilgesellschaft wird verstärkt als wichtiger Akteur in globalen Prozessen wahrgenommen. Die Bereitschaft von BMZ, EU und Vereinten Nationen, zivilgesellschaftliche Organisationen einzubinden, steigt und ist Herausforderung zugleich. Die Agenda 2030 und die ihr zu Grunde liegende sozialökologische Transformation sind nur weltweit und nur mit Beteiligung der Zivilgesellschaft realisierbar. NRO, die dazu beitragen wollen, müssen sich entsprechend verstärkt international informieren, vernetzen und agieren. Viele NRO haben jedoch nicht ausreichend Ressourcen, um sich entsprechend global zu vernetzen und sich in diese Prozesse so einzubringen, wie es notwendig wäre. Dies macht eine verstärkte Kooperation zwischen den verschiedenen NRO und ihren Dachverbänden wichtiger denn je. Weiterhin bleibt es aber schwierig, für solche Tätigkeiten Spenden oder externe Finanzierungen zu erhalten. Dementsprechend agieren und vernetzen sich die NRO. Verbände wie VENRO oder European NGO Confederation for Relief and Development (CONCORD), Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies (VOICE) und International Council of Voluntary Agencies (ICVA) haben dabei eine besonders wichtige Rolle. Gleichzeitig macht der Anspruch, die Agenda 2030 universell, und damit auch in Deutschland, umzusetzen, es zwingend erforderlich, sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren abzusprechen und zu kooperieren. Dies ist eine Herausforderung, der sich besonders auch VENRO als Verband stellen muss.

Eine nach wie vor große Herausforderung für die NRO bleibt das Thema Transparenz. Immer mehr sogenannte „SpendenWatchdogs“, „Transparenzpreise“ oder Siegel führen eher zu einer wachsenden Verunsicherung der Spender, die zu Recht Klarheit über die Verwendung ihrer Mittel verlangen. Für die NRO bedeutet dies, klare gemeinsame Richtlinien zur Transparenz zu kommunizieren und zu leben.

Eng verbunden mit dem Thema Transparenz in der Spendensammlung und -verwendung ist die Wirksamkeit der Arbeit. Diese zu beobachten und zu evaluieren, ist im größten Eigeninteresse der einzelnen NRO. Darüber hinaus gibt es nicht nur bei Spendern und Geldgebern, sondern auch in der Öffentlichkeit ein starkes Interesse, transparent und nachvollziehbar über die Ergebnisse der Arbeit informiert zu werden. Viele NRO haben daher in den letzten Jahren ihre Projektplanungs- und Monitoringsysteme sowie ihre Kapazitäten bei der Evaluierung ausgebaut. Eine große Herausforderung bleibt es, dabei die Spannung zwischen der Wirkungserfassung in einzelnen Projekten und der Wirkungserfassung in längerfristigen, politisch und gesellschaftlich komplexeren Gefügen in ein realistisches Gleichgewicht zu bringen.

Die Anforderungen öffentlicher Geber steigen ebenfalls und haben einen Umfang erreicht, den viele kleine Organisationen nur mit großen Anstrengungen oder mit Kompromissen des Gebers einhalten können. Das BMZ hat die Personalkapazitäten zur Durchführung der NRO-Förderprogramme in den letzten Jahren stark aufgestockt. Mit Engagement Global sehen sich NRO einem neuen Akteur gegenüber, der sie einerseits mit Schulungen und Beratung unterstützt, aber auch intensiver als bisher Anträge diskutiert. Da fast alle NRO-Finanzierungen in der Entwicklungszusammenarbeit inzwischen über Engagement Global abgewickelt werden, ist hier ein mächtiger Akteur entstanden, der Qualitätsstandards bei der Antragskonzeption erheblich beeinflusst. Neben dem BMZ ist, vor allem nach der Verschiebung der Zuständigkeiten für die Nothilfe, auch das Auswärtige Amt wichtig für viele NRO geworden. Auch hier gibt es immer wieder technische oder administrative Anforderungen, mit denen sich die NRO auseinandersetzen müssen.

Nach vielen Jahren der Stagnation steigen die staatlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe erheblich. Dies ist eine Chance für NRO, ihren Arbeitsumfang zu steigern und Vorhaben umzusetzen, die bisher nicht möglich waren, zumal bei den meisten der etablierten Organisationen sich die Spendeneinnahmen (von Schwankungen aufgrund von Katastrophen abgesehen) nur geringfügig verändern. Andererseits nimmt die Verknüpfung staatlicher Finanzierungen mit politischen Vorgaben zu, wie im Fall der Sonderinitiativen. Das Initiativrecht der NRO gibt es nur für wenige Titel und zu vielen Titeln hat nur eine kleine Zahl von NRO Zugang. Im Bereich der Humanitären Hilfe haben sich in Deutschland und der EU aufwändige Akkreditierungsverfahren durchgesetzt, die viele kleinere Organisationen ausschließen.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- den Mitgliedsorganisationen Orientierung mit Verbandspositionen zu geben und sie darin zu unterstützen, ihre Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu definieren und in Schlüsselthemen Expertise aufzubauen;
- sich verstärkt international zu vernetzen, zu engagieren und die Mitgliedsorganisationen dabei wo möglich einzubeziehen;
- verstärkt auch die Kooperation mit anderen Verbänden und Organisationen außerhalb der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe zu suchen, die für die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland wichtig sind;
- Transparenz und Wirkungsbeobachtung in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe auf einem realistischen Niveau zu etablieren und bei diesem Prozess eine meinungsführende Rolle anzustreben.

## 2.2 Institutionelle Herausforderungen für VENRO

Originäre Aufgabe von VENRO ist es, die Interessen seiner Mitglieder zu bündeln und in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Die Interessen- und Themenvielfalt der Mitglieder hat sich im Verband in einer steigenden Zahl von Arbeitsgruppen abgebildet und hat zu einer wachsenden Komplexität der Verbandsarbeit geführt. Von VENRO ist eine stärkere Reduktionsleistung gefordert, um in der Lobbyarbeit und Kommunikation auf ein klar definiertes Themenset zu fokussieren. Der Anspruch, Schwerpunkte zu setzen, damit Themen deutlich sichtbar und als politisch relevant wahrgenommen werden, konnte noch nicht vollständig umgesetzt werden.

Dies geht einher mit einem steigenden Bedarf an Kooperation und Arbeitsteilung in der Interessenvertretung. Die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern und die eigenständige Vertretung ihrer Interessen werden für immer mehr Mitglieder so wichtig, dass sie sich nicht mehr allein auf die Verbandsvertretung verlassen, sondern eigene Büros in Berlin eröffnen bzw. ausbauen. Es bleibt eine Herausforderung, das gemeinsame Potenzial der Mitgliedsorganisationen so zu nutzen, dass die Einflussnahme auf die Politik gestärkt wird. Die Frage gemeinsamer Kampagnen ist dabei zu klären. Für VENRO besteht eine Herausforderung auch darin, sich im Kontext anderer Player zu platzieren.

VENRO lebt vom aktiven Mitwirken seiner Mitglieder. Die Arbeitsstrukturen sind offen und transparent, kommen aber zum Teil an ihre Grenzen:

- Die gewünschte Verstärkung der Lobbyarbeit in Parlament und Regierung (Strategie 2011–2016) bedarf eines deutlich höheren Aufwands bei der Pflege direkter Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern. Zudem gilt es in Entscheidungsnetzwerke eingebunden zu sein. Diese Aufgabe können die Vorstandsmitglieder allein nicht in dem nötigen Umfang leisten.
- Umfassende politische Prozesse, wie die Umsetzung der SDGs, sind durch die AG-Struktur nicht ausreichend abgedeckt, da es zu zentralen politischen Themen keine Arbeitsgruppen gibt.
- Eine Positionierung von VENRO zu wichtigen Prozessen in der Politik, zu denen keine VENRO-Struktur (AG, zuständige ReferentInnen in der Geschäftsstelle) vorhanden ist, ist eine besondere Herausforderung.
- Für die Leitungen der Mitgliedsorganisationen gibt es außer der jährlichen Mitgliederversammlung keine Austauschmöglichkeiten über gemeinsame Herausforderungen oder neue Entwicklungen.

Das Internet und die Digitalisierung der Medien führten in den letzten Jahren zu einer Kommunikationsevolution bisher unbekanntem Ausmaßes. Der Anspruch an Aktualität und Reaktionsgeschwindigkeit wächst enorm. Das stellt hohe Anforderungen an die interne und externe Kommunikation. Auch die Politik ist heute zunehmend bestimmt durch die Kommunikation über Online-Medien und soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Dadurch ist die politische Kommunikation persönlicher und schneller geworden. VENRO steht vor der Herausforderung, seine Themen und Sichtweisen auch vor diesem sich ändernden politisch-medialen Hintergrund effektiv zu vertreten.

Die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, die VENRO im Interesse seiner Mitgliedsorganisationen erbringt, führt oftmals erst mittel- oder langfristig zu wahrnehmbaren Erfolgen. Die Instrumente zur Vermittlung und Darstellung von Erreichtem und Erfolgen gegenüber den Mitgliedern sind schwach ausgebaut.

Die relativ stabile Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge ermöglicht VENRO ein effektives und langfristiges Wirken und Agieren. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten, Ressourcen zu erhöhen, sehr begrenzt und bestehen neben der Gewinnung neuer Mitglieder vor allem darin, neue Drittmittelprojekte zu akquirieren. Hauptförderer ist dabei mit Abstand das BMZ. Für neue Verbandsthemen und -aufgaben müssen neue Geldgeber gefunden werden.

VENRO sieht sich herausgefordert,

- seine Strukturen (Arbeitsgruppen, Vorstand, Geschäftsstelle) zu überprüfen und den aktuellen und zukünftigen Anforderungen anzupassen;
- den innerverbandlichen Informationsfluss zu verbessern und transparent zu gestalten;
- Social Media in der Kommunikation stärker zu nutzen;
- die Kommunikation insbesondere zur Leitungsebene der Mitglieder zu intensivieren;
- in einer Neumitgliederpotenzialanalyse Möglichkeiten zu prüfen, seine Mitgliederbasis zu vergrößern (zum Beispiel Umweltorganisationen, Diaspora/MigrantInnenorganisationen);
- seine Drittmittelfinanzierung zu diversifizieren, um politisch unabhängig zu bleiben.